

Im Selbstbedienungsladen namens «Staat»

Tschechien als Fallbeispiel für das Problem politischer Korruption in Ostmitteleuropa

Korruption hat sich in einigen Ländern Ostmitteleuropas zu einem Problem ausgewachsen, das die wirtschaftliche Entwicklung behindert. Seilschaften von Politikern, Beamten und Wirtschaftskapitänen untergraben das Vertrauen in den Staat.

Rudolf Hermann, Prag

Wer in der Prager U-Bahn wartet, tut oft nicht viel anderes, als auf die Wand gegenüber dem Perron zu starren. Ausser er befindet sich in einer jener Stationen, wo durch die Initiative umtriebiger Köpfe Bildschirme aufgehängt wurden, über die Wetterberichte, Kurznachrichten und Reklamen flimmern und von denen sich gleichzeitig ablesen lässt, wie lange es noch dauert, bis die nächste Bahn kommt.

In die Karibik und zurück

Für das Recht, die Bildschirme zu bespielen, zahlen die Prager Verkehrsbetriebe einer Firma namens Bitmedia Lizenzgebühren, über deren Höhe man sich indes ausschweigt. Bitmedia ist laut Recherchen der Wirtschaftszeitung «Hospodarske Noviny» personell mit einer Gesellschaft namens Cokeville Assets von den British Virgin Islands verbunden; Cokeville Assets wiederum war einst teilweise im Besitz einer Firma namens Mavex, registriert im gleichen Karibikstaat. Mavex gewährte zur Zeit ihrer Beteiligung an Cokeville Assets einer in Hongkong domizilierten Gesellschaft namens Unitec International Capital einen substanzialen Kredit, und gleichentags nahm eine gewisse Frau Novakova bei Unitec eine Anleihe zu Sonderkonditionen auf, um ein Anwesen auf der Atlantikinsel Madeira im Wert von umgerechnet 2 Mio. Fr. zu finanzieren.

Novakova kam ferner günstig zu einer Villa in Prag, indem sie von einem Prager Rechtsanwalt eine zypriotische Gesellschaft erwarb, die die Immobilie in ihrem Besitz hatte – wobei der Kaufpreis etwa 1% des Marktwertes des Hauses betrug. Was tatsächlich für Geld floss, kann aufgrund der verschachtelten Struktur der Transaktion nicht eruiert werden. Frau Novakova ist die Mutter von Martin Dvorak, dem damaligen Generaldirektor der Prager Verkehrsbetriebe, die Lizenzgebühren in ungeannter Höhe an Bitmedia zahlen, und der genannte Rechtsanwalt figuriert mehrfach im Zusammenhang mit den genannten karibischen Firmen.

Für diese Geschichten interessiert sich nicht nur die Redaktion der «Hospodarske Noviny», die in den letzten Monaten begonnen hat, den Vermögensverhältnissen von Politikern und hohen Beamten besondere Aufmerksamkeit zu widmen, sondern inzwischen auch eine Spezialeinheit der tschechischen Polizei für Korruptionsbekämpfung. Würden die Ermittler dabei auf Verdächtiges stossen, wäre es weder der einzige noch der grösste Geldabfluss aus den Prager Verkehrsbetrieben in Richtung undurchsichtiger Offshore-Gesellschaften. Wie die Nichtregierungsorganisation Nadacni fond proti korupci (NFPK; Stiftungsfonds gegen die Korruption) meint, geht aufgrund eines überbeurteilten Beschaffungsvertrags pro gedruckten Fahrtschein der Verkehrsbetriebe eine Provision in die Karibik, wobei wieder der Name Cokeville Assets auftaucht. Nutzniesser ist laut dem NFPK sehr wahrscheinlich ein tschechischer Unternehmer und Lobbyist mit besten Verbindungen zu wichtigen Figuren der Prager Stadtpolitik. Von diesen sassen oder sitzen einige, und nicht zu schlechten Entschädigungen, in den Aufsichtsorganen der Verkehrsbetriebe. Doch nun wollen sie für nichts verantwortlich sein. Es sei nicht ihre Aufgabe gewesen, einzelne Aufträge zu überprüfen.

Der Verdacht sei erlaubt, dass von den abgezackten Provisionen ein Teil



Auch die öffentlichen Verkehrsbetriebe in Prag sind von undurchsichtigen Offshore-Gesellschaften unterwandert. G. HELBER / JAI / CORBIS

den Weg in die Parteikassen der jeweiligen Politiker fand. Ob es sich bei der beschriebenen Causa um strafrechtlich relevante Korruption oder nur um «Zufälle» handelt (wie Dvorak sich ausdrückt), ist Gegenstand von Ermittlungen. Die Kanzlei des bereits erwähnten Anwalts dürfte sich bemüht haben, die Geschäfte rechtlich abzusichern. Doch sogar wenn Unregelmässigkeiten nachweisbar wären, ginge es eher um einen «kleinen Fisch» im Teich der politischen Korruption in Tschechien.

Scherenbewegung

Interessant ist denn auch weniger das Ausmass als das generelle Handlungsmuster. Korruption auf niedriger Ebene ist in den fortgeschritteneren Transformationsländern Ostmitteleuropas über die letzten Jahre aus dem allgemeinen Leben weitgehend verschwunden, wie der Verwaltungsratsvorsitzende des NFPK, Karel Janecek, erklärt. Dies bestätigt auch eine Umfrage, die von der Tageszeitung «Dnes» in Auftrag gegeben worden war. 63% der Befragten äusserten sich dahingehend, dass in den letzten fünf Jahren in ihrem persön-

lichen Umfeld niemand um Bestechungsgelder angegangen worden sei, während 21% eine gegenteilige Erfahrung hatten und 16% sich nicht äussern. Hingegen zeigte eine Erhebung, die vom Verband von Gewerbetreibenden sowie kleinen und mittleren Unternehmen unter Geschäftsleuten veranlasst worden war, dass 60% der befragten Unternehmer der Meinung waren, ohne Schmiergeldzahlungen schlecht an Aufträge zu gelangen.

Die Erklärung des scheinbaren Widerspruchs zwischen privater und unternehmerischer Sphäre liegt darin, dass im Kontakt mit den Bürgern die Ämter, vor allem auch dank der fortschreitenden Elektronisierung, zunehmend effizient und sauber arbeiten. Hingegen hat sich in den höheren Etagen von Politik und Wirtschaft das Problem von Verbotenen, Klientelismus und Korruption in den letzten Jahren eher noch verschärft.

Im Korruptionswahrnehmungs-Index der internationalen Agentur Transparency International verzeichnet Tschechien seit drei Jahren sinkende Werte; gegenüber dem 53. Platz im Jahr 2010 fand sich das Land 2011 zusammen

mit Namibia und Saudiarabien auf dem 57. Platz wieder und damit im hintersten Viertel der EU-27. Ein Kommentator der «Hospodarske Noviny» schrieb sarkastisch, während in den neunziger Jahren der legendäre «Onkel aus Hongkong» (eine Anspielung auf einen damaligen grossen Korruptionsskandal) sein Geld noch in Plasticsäcken herumgetragen habe, sei der Hongkonger Kredit für die Mutter des Chefs der Prager Verkehrsbetriebe elektronisch überwiesen worden – die «Zufälle» seien heute ausgeklügelter.

Schwachstelle Staatsaufträge

Politische Korruption in Tschechien hat laut dem NFPK-Verwaltungsratspräsidenten Janecek ein Ausmass angenommen, das seriöse ausländische Investoren vom Land abschrecke. Er selbst kenne konkrete Beispiele von Geschäftsleuten, die nach einer Analyse der Verhältnisse es vorgezogen hätten, anderswohin zu gehen.

Das Problem liegt aber laut Janecek nicht nur darin, dass ein Land Geld dadurch verliert, dass erstens gewisse Investitionen gar nicht getätigt werden

und zweitens Mittel aus Korruption in ausländische Steuerparadiese abfliessen. Ebenso bedenklich sei, dass politische Korruption zu falscher Allokation öffentlicher Gelder führe – es werde von Politikern und hohen Beamten dorthin geleitet, wo man einen Teil davon stehlen könne, statt dorthin, wo es am effizientesten eingesetzt sei. Das Prager Beispiel mit den Fahrkarten der Verkehrsbetriebe illustriert dies deutlich. Die direkten Verluste des Staats durch Korruption schätzt Janecek grob auf 100 Mrd. tKr. (5 Mrd. Fr.) jährlich. Der Betrag entspricht rund zwei Dritteln des angelegten tschechischen Staatsdefizits für das Jahr 2011 (135 Mrd. bis 150 Mrd. tKr. oder knapp 2% des Bruttoinlandsprodukts).

Eine der grössten Schwachstellen Tschechiens im Kampf gegen die Korruption liegt in der mangelnden Transparenz bei der Vergabe von Staatsaufträgen. Dass sich die tschechischen Politiker praktisch über das gesamte Spektrum hinweg bisher nicht dazu aufzurufen vermochten, Gesellschaften von Wettbewerben um Staatsaufträge auszuschliessen, die ihre Besitzerstruktur nicht offenlegen wollen, ist nur ein Teil des Problems.

Politikern und Beamten steht auch sonst ein ganzes Arsenal von Tricks offen, damit nicht die für die Allgemeinheit beste, sondern die aus ihrer Sicht «richtige» Lösung bei der Vergabe eines öffentlichen Auftrags zur Anwendung kommen kann. Und weil sich Politiker jeglicher Couleur aus der Trickkiste bedienen, wenn sie an der Macht sind, ist Korruption auch nur selten Gegenstand gegenseitiger politischer Erpressung. Lange Zeit konnte ferner darauf vertraut werden, dass eine der hohen Politik dienstbare Justiz grosse Fälle elegant und verlässlich unter den Teppich wischt.

Verschiedene Entwicklungen haben allerdings in letzter Zeit das Bewusstsein der Bevölkerung Tschechiens für Fragen der politischen Korruption geschärft. Weil krisenbedingt das öffentliche Geld knapper geworden ist, schauen Bürger und Medien genauer hin, wie es ausgegeben wird. Vor allem dann, wenn ihnen von den Politikern vorgeordnet wird, dass ohne Steuererhöhungen der Staatshaushalt nicht im Lot gehalten werden könne.

Zudem haben grosse internationale Unternehmensgruppen, aber auch einzelne prominente tschechische Unternehmer begonnen, auf das Problem aufmerksam zu machen. Nicht allen kann man dabei ihr Klagegeld glauben. Wie der seit 20 Jahren in Prag tätige britische Unternehmensberater James de Candole meint, spielen namhafte internationale Gruppen etwa aus dem Infrastrukturbereich lange das Spiel sehr aktiv mit, auch wenn sie jetzt dagegen mobilisiert. Ebenso wie die Candole glaubt auch Janecek vom Anti-Korruptions-Fonds, das Problem sei den Unternehmen inzwischen einfach über den Kopf gewachsen, die Forderungen der Politiker und Beamten seien zu dreist und der daraus resultierende Margendruck zu gross geworden.

Aktive Zivilgesellschaft nötig

Eine wichtige Rolle spielen ferner Elemente von ausserhalb des geschlossenen Kreislaufs von Politik und Big Business. Beispiel dafür ist eine Unternehmung, die in der Schweiz wegen Verdachts auf Geldwäscherei im Zusammenhang mit einer tschechischen Kohlegruben-Privatisierung geführt wurde und unlängst in eine Anklage mündete (siehe auch Zusatztext). In Tschechien waren die Ermittlungen zuvor versandet; inzwischen wurden sie nach einer Rochade an der Spitze der Staatsanwaltschaft wieder aufgenommen. «Ohne den Impuls von aussen wäre hier gar nichts passiert», erklärt de Candole. «Doch was man nicht aus dem Blickfeld verlieren darf: Recht und Gesetz sind zwar wichtig für den Kampf gegen die Korruption, doch nur mit Hilfe aktiver Bürger kann dieser Kampf auch mit Erfolg geführt werden.»

Ein Silberstreif am Horizont trotz bedenklichen Affären

Prag. Ein Musterbeispiel für die Funktionsweise politischer Korruption im ostmitteleuropäischen Kontext ist auch eine Affäre, die derzeit die Politik der Slowakei in ihren Grundfesten erschüttert. Im Internet publizierte Geheimdienst-Aufzeichnungen unter dem Codenamen «Gorilla», die laut Experten sehr wahrscheinlich zu einem guten Teil authentisch und inhaltlich zutreffend sind, legen nahe, dass in den Jahren 2005 und 2006 die mächtige slowakisch-tschechische Finanzgruppe Penta direkten Einfluss auf den damaligen Wirtschaftsminister sowie den Fonds für das nationale Eigentum (FNM), die slowakische Privatisierungsagentur, erlangt hatte. Eine Mehrheit im Führungsgremium des FNM sei durch teilweise happe Provisionen in ihren Entscheidungen beeinflusst worden; die Gefälligkeiten seien über ein Geflecht von Transaktionen über in- und ausländische Scheinfirmen zur Auszahlung gelangt.

Aus den «Gorilla»-Protokollen geht auch hervor, dass die Penta-Gruppe rechtzeitig den Boden für ihr Beziehungsnetz nach einem absehbaren Machtwechsel vorbereitete und offenbar nachgefragt wurde, ob die voraussichtlich an die Regierung gelangende Partei über passende «Strukturen» zur «Behandlung» allfälliger Gelder verfüge. Von der «Gorilla»-Affäre sind in der Slo-

wakei praktisch alle etablierten politischen Parteien in irgendeiner Form betroffen. Früher veranlasste Untersuchungen hatten keine Ergebnisse gebracht, weil offensichtlich keine politische Nachfrage dafür bestanden hatte. In dieser Hinsicht ist die «Gorilla»-Affäre ähnlich gelagert wie der Fall der obskuren Privatisierung der tschechischen Bergbaugesellschaft Mostecká Uhelna Společnost (MUS). Auch dort deuteten die Spuren auf Verflechtungen eines substanzialen Teils der politischen Klasse hin und führten Ermittlungen zu nichts.

Dass der Deckel dieser Pandora-Büchse nun angebrochen wurde, ist das Resultat ausserordentlicher Umstände – im tschechischen Fall eines Anstosses von aussen, in der Slowakei einer besonderen politischen Konstellation im Inneren. Die slowakische Ministerpräsidentin Radicová verlässt die Politik, und Innenminister Lipsic sowie dessen Christdemokratische Bewegung (KDH) haben von den «Gorilla»-Ermittlungen relativ wenig zu befürchten. Die Frage bleibt allerdings, ob nach den Wahlen vom 10. März, in denen sich die Konstellation ändern dürfte, die Ermittlungen nicht wieder auf politische Bestellung hin versanden.

Jedoch gibt es aus Tschechien und der Slowakei nicht nur schlechte Nachrichten, was die Bekämpfung der Korruption

angeht. Obwohl die seit anderthalb Jahren amtierende Prager Regierung ihrem diesbezüglichen Anspruch noch keineswegs gerecht geworden ist, ist immerhin im Bereich der Justiz eine Verbesserung erfolgt. Die Gilde von Staatsanwälten, die nicht nur die MUS-Privatisierung, sondern auch weitere Beispiele von massivem Korruptionsverdacht unter den Teppich zu kehren versucht hatte, ist abgelöst worden. Noch immer ist allerdings die Staatsanwaltschaft nicht unabhängig, sondern der Politik unterstellt. Ob eine Entpolitisierung gelingt, wie sie von Justizminister Pospisil angestrebt wird, bleibt abzuwarten.

Auch in der Slowakei hat die Regierung Radicová Schritte hin zu mehr Transparenz getan. So müssen beispielsweise die Verträge öffentlicher Aufträge an private Firmen zwingend im Internet einsehbar sein. Anti-Korruptions-Gruppierungen wünschten sich jedoch noch ein einheitliches Register, damit man die Verträge nicht auf den unterschiedlichsten Websites mühsam zusammensuchen müsse. Im Lichte der von Radicová und ihrer Justizministerin Zitnankska forcierten Transparenz ist es eine Ironie der Geschichte, dass gerade die an Radicová Regierung beteiligten Parteien besonders stark von der «Gorilla»-Affäre betroffen sind und eine saftige Quittung an der Urne zu befürchten haben.